

## Szenario IV:

# KAMPF

### TEILHABEBEHEMMENDES UMFELD UND WIEDERERSTARKEN SOZIALER BEWEGUNGEN



**GEMEINSAM IST MAN WENIGER ALLEIN.**

---

**WER KÄMPFT, KANN VERLIEREN.  
WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN.**

---

**Bertolt Brecht**

Wie schon bei den vorangegangenen Bundestagswahlen ist auch im Herbst 2021 die Gruppe der Nichtwähler die mit den meisten Stimmen. Über 20 Millionen Wahlberechtigte ziehen es vor, nicht zur Wahl zu gehen – rund ein Drittel mehr, als die erfolgreichste Partei an Stimmen auf sich vereinen kann. Die sinkende Beteiligung am demokratischen Leben, die sich auf allen Ebenen beobachten lässt, hat unterschiedliche Gründe. Für viele sind die etablierten Parteien schlicht konturlos – und es fällt ihnen schwer, wirkliche Unterschiede in deren Programmatik zu erkennen. Auch die zunehmende Zahl von Nischen- und Protestparteien, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, stellen in ihren Augen keine ernsthafte Alternative dar. Andere glauben, dass ihre Stimme ohnehin nichts zählt und Politiker in erster Linie an ihrem eigenen Vorankommen interessiert sind und dass sich für sie nichts verändern wird, egal welche Regierung an die Macht kommt. Sie haben das Vertrauen in die Politik grundsätzlich verloren. Und wieder andere sind derart mit ihren eigenen tagtäglichen Herausforderungen beschäftigt, dass die Entwicklung der Gesellschaft für sie belanglos geworden ist. Das aktive Engagement in Parteien, Vereinen und Bürgerinitiativen ist seit Jahren rückläufig – ganz zu schweigen von der Mitarbeit in Arbeitnehmervertretungen. Die Welt hat sich verändert und es hat den Anschein, dass man selbst als Kollektiv den Kräften einer entgrenzten und zunehmend krisenanfälligen Wirtschaft kaum noch etwas entgegensetzen kann.

**2020**

Der gesellschaftliche  
**ZUSAMMENHALT** bröckelt,  
die Krisen nehmen zu

**STRUKTURREFORMEN** auf  
Kosten der Arbeitnehmerrechte

Unter der in nahezu allen Parteien verbreiteten arbeitsmarktpolitischen Prämisse „Lieber ein schlechter Job als gar keine Arbeit“ sind im vergangenen Jahrzehnt Arbeitsstandards und Mitbestimmungsrechte weiter flexibilisiert und Sozialleistungen abgesenkt worden. Dabei war es kaum von Bedeutung, welche Regierung gerade am Ruder war: Angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbsdrucks, wiederholter Krisen und großer Überkapazitäten in verschiedenen Industrien – unter anderem im Automobil-, Anlagen-, Chemie- und Stahlsektor, in denen Deutschland traditionell stark vertreten ist –, angesichts der zunehmenden Überlastung der Sozialversicherungssysteme und klammer öffentlicher Haushalte werden diese Struktur reformen als alternativlos angesehen. Und in der Tat entstehen erst einmal wieder neue Jobs.

Der **WERT** der Mitbestimmung  
wird von vielen infrage gestellt

Die Mitbestimmungsgesetze, allesamt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden, existieren noch. Niemand hat sie abgeschafft. Aber in der Sache haben Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten immer weniger Einfluss. Auf EU-Ebene stehen Sparprogramme und Struktur reformen – und in der Folge nationalstaatliche Eigeninteressen – immer mehr im Vordergrund und behindern ein demokratisches Mitbestimmungsklima. Initiativen für die Schaffung eines starken europäischen Rechtsrahmens, für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und wirkungsvolle Mitbestimmung scheitern – auch an den regelmäßigen Vetos der Partner des *Gemeinsamen Transatlantischen Marktes (CTAM)*. Gerade die weitreichende deutsche Mitbestimmung wird von Investoren oft als Kostenfaktor gesehen, da es den Akteuren der Mitbestimmung nicht gelingt, deren Mehrwert zu vermitteln. Da schmerzt es besonders, dass die Wachstumsimpulse ausbleiben, die man sich von dem Projekt des transatlantischen Marktes erhofft hatte. Die US-Wirtschaft steckt selbst in einer tiefen Krise, und die Risikoaufschläge für US-amerikanische Staatsanleihen werden immer höher. Die dynamischen Ökonomien in Fernost geben zunehmend den Takt in der globalen Wirtschaft an.

Der technologische  
Wandel kostet zahlreiche  
**ARBEITSPLÄTZE**

Auch der technologische Wandel gewinnt an Tempo. Intelligente Maschinen, Mikroprozessoren und Werkstoffe dringen in alle Lebensbereiche vor und verändern damit auch die Art und Weise von Produktion und Wertschöpfung. Der damit einhergehende Abbau von Arbeitsplätzen ist historisch ohne Beispiel. Unternehmen entziehen sich der Verantwortung, diesen rasanten Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten, indem sie sich in intransparente, transnationale Unternehmensgeflechte umformen. Betriebsräte und Belegschaften können in ihren Unternehmen immer weniger ausrichten – auch die qualifizierte Arbeitnehmerschaft verliert in diesen turbulenten Zeiten an Verhandlungsmacht. Wenn wieder einmal eine Umstrukturierung ansteht, richten sich erst einmal alle Bemühungen darauf, das eigene Unternehmen, den eigenen Produktionsstandort oder die eigene Stelle zu erhalten – koste es, was es wolle –, um nur nicht in den Abgrund der Werksschließung bzw. Arbeitslosigkeit blicken zu müssen.

Die **GEWERKSCHAFTEN**  
konzentrieren sich zunächst  
auf ihr „Kerngeschäft“

Die angespannte finanzielle Lage der Gewerkschaften trägt dazu bei, dass sie sich auf ihr „Kerngeschäft“ konzentrieren und durch eine Zentralisierung ihrer Struktur versuchen, ihre Kampfkraft zu stärken, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der Preis hierfür ist allerdings, dass andere gesellschaftliche Themen wie zum Beispiel Nachhaltigkeit, Bildung, Chancengleichheit und politische Teilhabe vernachlässigt werden. „Dafür sind andere zuständig“, so die verbreitete Sichtweise in den Gewerkschaftsführungen. Zum Teil sehen Arbeitnehmervertretungen die Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft aber auch als Konkurrenz im Kampf um knapper werdende Mittel und Einfluss. Darum versuchen die Strategieabteilungen der Gewerkschaften, deren Anliegen in die eigene Agenda zu integrieren. Oft bleibt es aber bei Lippenbekenntnissen – den wirklichen Kern der Forderungskataloge der Gewerkschaften bilden nach wie vor die Interessen der Stammbeschaften, die es zu verteidigen gilt.

Der massive Stellenabbau im öffentlichen Dienst lässt die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Vor allem die Kommunen stehen am Rande ihrer Zahlungsfähigkeit, aber auch Bund und Länder müssen zunehmend mit finanziellen Engpässen und leeren Kassen zurechtkommen. Zum Teil müssen die Beschäftigten mehr leisten, zum Teil wird versucht, die Lücken durch die Heranziehung von Arbeitslosen zu überbrücken. Zunächst wird das Instrument der *temporären Eingliederungsmaßnahme* für die Reinigung und Pflege öffentlicher Flächen, dann auch in den Kantinen der Verwaltungen, Universitäten und Kliniken, in der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie im Bildungsbereich genutzt – zunehmend auch in Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung. Und wie sollte man mit einem Zwei-Euro-Job noch konkurrieren?

Der hohe Schuldendienst und schrumpfende Spielräume der öffentlichen Haushalte führen zu erneuten Kürzungen in den Sozialsystemen. Damit verschlechtert sich die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer weiter – oft hat man schlicht keine Wahl. Immer mehr Erwerbstätige arbeiten wieder länger, um die real sinkenden Stundenlöhne zu kompensieren.

Der Ton in den Tarifverhandlungen wird schärfer, die Zahl der Streiktage höher. In vielen Bereichen besteht zwar Fachkräftemangel, und ein Großteil der Arbeitnehmer hat durchaus noch einen unbefristeten Arbeitsplatz und verdient relativ gut. Aber für andere besteht die Arbeitswelt inzwischen aus Ein- und Zweijahresverträgen oder auch mal aus einer Phase von Gelegenheitsjobs zur Überbrückung des Zeitraums zwischen zwei Stellen. Gewerkschaften und Betriebsräte stemmen sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die schleichende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen derer, die noch das haben, was man früher ein „Normalarbeitsverhältnis“ nannte. Sie versuchen auch, ihre Basis zu erweitern, indem sie Kampagnen und Initiativen für andere Gruppen starten, die von den Verschlechterungen am Arbeitsmarkt besonders betroffen sind. Für Geringverdiener und Arbeitslose erheben einige Gewerkschaften zudem nur noch einen symbolischen Mitgliedsbeitrag von einem Euro pro Jahr. Nach vier Jahrzehnten Mitgliederschwund steigen die Mitgliederzahlen wieder an. Wenn man auch nur wenig ausrichten kann, so trifft man hier doch andere, denen es ähnlich geht und die die gleichen Sorgen haben: „Gemeinsam ist man weniger allein.“

Im Jahr 2025 arbeitet erstmals über ein Drittel der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich. Ihr Einkommen reicht oft nicht, um am Ende des Monats alle Rechnungen zu bezahlen – geschweige denn für Alter, Arbeitslosigkeit oder die Bildung der Kinder vorzusorgen. Und auch zum Steueraufkommen können sie nur wenig beitragen. Während der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze weiter sinkt, steigt die Zahl der *Aufstocker* weiter an – denn ausgerechnet in den Bereichen, in denen Niedriglöhne schon immer weit verbreitet waren, nimmt die Beschäftigung zu, in anderen wird die Zahl der Arbeitsplätze geringer. Insbesondere bei den personennahen Dienstleistungen – im Gastgewerbe, bei den Friseuren, in Wellnessberufen, in der Personenbeförderung, bei den Kulturschaffenden, im Logistikbereich und in den Pflegeberufen – entstehen nicht nur aufgrund des demografischen Wandels neue Jobs. So werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse immer mehr zur Regel – vor allem für junge Menschen, die nach Schule und Ausbildung nur schwer einen Einstieg ins Berufsleben finden. Europaweit liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 30 Prozent. In Deutschland ist die Lage besser, hier sind es „nur“ 16 Prozent – viele junge Arbeitssuchende aus anderen EU-Staaten versprechen sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt bessere Chancen als im eigenen Land.

## 2020

Massiver **STELLENABBAU**  
auch im öffentlichen Dienst

Die **KONFLIKTE** in  
den Arbeitsbeziehungen  
spitzen sich zu

## 2025

**PREKÄRE** Beschäftigungs-  
verhältnisse werden zur Norm

PRODUKTIONSSTANDORTE  
und Beschäftigte machen sich  
untereinander Konkurrenz

Politische Initiativen und Aktionspläne für eine Reindustrialisierung der EU-Wirtschaft bleiben ohne nennenswerte Wirkung – zu groß ist der Preisdruck auf den globalen Märkten. Die Zahl der Standortverlagerungen ist nach wie vor hoch. Häufig ist auch die strategische Nähe zu (günstiger) Energie und natürlichen Ressourcen ein entscheidendes Kriterium für die Verlagerung der Produktion in andere Länder. Im Zuge der voranschreitenden Entgrenzung der Märkte und der Notwendigkeit, ein gutes Rating des Unternehmens an den Finanzmärkten zu bewahren, um sich den Zugang zu frischem Kapital zu erhalten, werden national oder regional gefundene Kompromisse zunehmend zur Disposition gestellt. Die Verhandlungsmacht der Arbeitgeber ist deutlich angestiegen – Investitionsentscheidungen müssen immer häufiger durch Zugeständnisse bei der Entlohnung und den Arbeitsstandards sowie mit noch höheren Subventionen erkaufte werden. Innerhalb vieler europäischer Unternehmen nimmt auch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Belegschaften zu, wenn es wieder einmal um die Frage geht, an welchem Produktionsstandort die nächste Personaleinsparung erforderlich ist. Die Arbeitnehmervertretungen versuchen, in solchen Situationen zu vermitteln, aber die Dilemmata lassen sich nur schwer auflösen. Soll man alles daransetzen, die Interessen der Belegschaft zu verteidigen, oder muss man sich zusammenschließen, um etwas an der Gesamtsituation zu verändern? In dieser Lage machen sich immer mehr Gewerkschaften und Europäische Betriebsräte zu Fürsprechern eines *Neuen Europäischen Sozialpakts*, in dem die Beschäftigten der Mitgliedstaaten nicht mehr länger gegeneinander ausgespielt werden. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage gelingt es aber nur in seltenen Fällen, Verständnis oder gar Enthusiasmus für ein solidarisches Miteinander auch über Grenzen hinweg zu mobilisieren.

Nicht nur in den Bereichen der deutschen Wirtschaft, die stark vom Export abhängen, auch bei der Binnennachfrage geht der Absatz aufgrund des sogenannten *demografischen Kaufkraftverlusts* zurück. Das Schrumpfen der Bevölkerung und der „kleinere Geldbeutel der Alten“ machen sich im Einzelhandel deutlich bemerkbar. Wirtschaftswachstum findet nicht mehr in Europa, sondern in anderen Teilen der Welt statt. Immer mehr Unternehmen suchen die Nähe zu den dynamischen Ökonomien und ihren wachsenden Märkten – und kehren Deutschland und der EU den Rücken. Als Deutschland erneut in die Krise schlittert, fordern mehrere Parteien eine noch weiter gehende Einschränkung der Mitbestimmung mit dem Argument, dass „wachstumsschädliche Arbeitnehmerrechte“ ein Luxus seien, den man sich nicht mehr leisten könne. In vielen Unternehmen wird der Ton rauer. Wer sich gewerkschaftlich oder im Betriebsrat für die Belange der Kollegen einsetzt, geht zunehmend ein hohes persönliches Risiko ein. Organisiert von den Gewerkschaften erhöht sich die Taktzahl der Demonstrationen gegen Sozialabbau und die systematische Verletzung von Arbeitnehmerrechten. Immer häufiger kommt es am Rande von Demonstrationen und Kundgebungen auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Erstmals seit den 1980er-Jahren greifen manche Unternehmen in der Folge von Streiks wieder zum Mittel der Aussperrung.

Natürlich gibt es angesichts der Herausforderungen auch zahlreiche und ambitionierte Reformversuche, die auf mehr Ausgleich abzielen. Aber diese schaffen es oft nicht über Parteitagsbeschlüsse und Formulierungen in den Koalitionsvereinbarungen hinaus. Sie scheitern in der Regel am Widerstand derer, die etwas zu verlieren haben. Die Konfliktlinien lassen sich an den Titeln politischer Podiumsdiskussionen dieser Jahre ablesen: „Helfen oder schaden billige ausländische Arbeitskräfte der deutschen Wirtschaft?“ – „Was wiegt schwerer – die Leistungsansprüche der Alten oder die Zukunftschancen der Jungen?“ – „Sind Lohnuntergrenzen noch zeitgemäß?“

SOZIALABBAU und  
systematische Verletzung  
der Arbeitnehmerrechte

Die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit Italiens und kurz darauf auch Frankreichs verstärkt bei vielen das Gefühl des Ausgeliefertseins. Immer mehr Menschen sprechen die Überzeugung aus, dass es so nicht mehr weitergehen kann und sich etwas Grundlegendes ändern muss. In einigen europäischen Ländern – auch in Deutschland – gewinnen populistische Parteien zeitweilig wieder enorm an Zulauf, aber dieses Strohfeuer währt nur kurz. Es geht den Menschen nicht um „Sündenböcke“, sondern um Lösungen. Sie wollen dem weiteren Zerfall des Gemeinwesens etwas entgegensetzen – aber was? Im Alltag erfahren sie weiterhin, wie wenig sie ausrichten können. Natürlich organisieren die Gewerkschaften Proteste vor den Werktoeren, als Siemens von einem asiatischen Technologiekonzern übernommen wird, der über 6.000 Stellen in München und Erlangen abbauen will – nur zu gut ist noch in Erinnerung, wie es gelaufen ist, als BMW vor ein paar Jahren auf ganz ähnliche Art und Weise geschluckt wurde. Politiker setzen sich mit flammenden Solidaritätsbekundungen für die betroffenen Belegschaften ein, aber vergeblich. Als zwei Jahre später auch die Siemens-Verwaltungszentrale nach Shenzhen verlagert und ein weiterer massiver Stellenabbau angekündigt wird, empfinden die Mitarbeiter nur noch blanke Ohnmacht. Drei Nächte lang erleuchteten die darauffolgenden Ausschreitungen die Münchner Innenstadt.

Die Inflation hat wieder deutlich angezogen, vor allem aufgrund der erneut steigenden Preise für Energieimporte. Angesichts des starken chinesischen Renminbi werden auch andere Importgüter zeitweise teurer, und die europäischen Unternehmen hoffen in dieser Lage auf eine Verbesserung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit und mehr Aufträge. Um sie zu stärken und für einen anhaltenden Aufschwung zu sorgen, wird unter anderem ein großes EU-Konjunkturprogramm beschlossen und so weit als möglich auch mit staatlichen Mitteln finanziert. Arbeitszeitregelungen sowie Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards werden erneut gelockert.

Die Prognosen, dass sich mit dem demografischen Wandel die Lage am deutschen Arbeitsmarkt etwas entspannen wird, bewahrheiten sich nicht. Denn zum einen schwächt die immer noch relativ hohe Arbeitsmigration aus anderen EU-Staaten nach Deutschland den Bevölkerungsschwund ab. Zum anderen – und dies ist noch wesentlich bedeutsamer – fällt der Stellenabbau im Zuge der Umwälzungen in der Wirtschaft wesentlich größer aus als erwartet. Der anhaltende Beschäftigungsabbau und der hohe Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse haben dazu beigetragen, dass sich die Vermögen in Deutschland immer stärker in den Händen weniger Wohlhabender konzentrieren, während die Mittelschicht dünner geworden ist. Der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte und die Zahl der Privatinsolvenzen haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Vielen bleibt als einziger Trost, dass die Inflation nicht nur die Sparguthaben, sondern auch die Schulden schrumpfen lässt.

Die Reaktionen auf Arbeitsplatzverlust und Chancenlosigkeit sind unterschiedlich: Viele Menschen resignieren, andere suchen Linderung in den billig zu habenden Stimmungsaufhellern oder den bunten Scheinwelten der Unterhaltungsindustrie. Manche tauchen vollkommen in die virtuellen Welten ihrer Avatare ab. Bei wieder anderen wird der anfängliche Frust darüber, nicht mehr gebraucht zu werden bzw. aussortiert worden zu sein, zu Wut – weil sie ihre Situation nicht selbst verschuldet haben, ihren Kindern keine Chancen mehr bieten können und wahrnehmen, dass es immer mehr Menschen gibt, denen es ähnlich geht.

## 2025

Zwischen **OHNMACHT**  
und Widerstand

## 2030

Die soziale **SCHERE** geht  
auseinander, Privatinsolvenzen  
häufen sich

WUT und Enttäuschung  
führen zu solidarischen  
Initiativen und Netzwerken

Zunächst versuchen die Enttäuschten, sich im lokalen Umfeld zusammenzutun und neue Gemeinschaften aufzubauen. Diese sind oft ganz pragmatischer Natur, zum Beispiel wenn es darum geht, Rechtsberatung für ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht zu vermitteln, eine Kiezküche zu betreiben oder einen Quartierstreffpunkt einzurichten, wo man auch mit wenig Geld anderen begegnen und sich austauschen kann. Auch Bildungsangebote für Kinder oder Qualifikationsmodule für den nächsten Arbeitsplatz werden in diesem Rahmen organisiert. Aus solchen Initiativen und Zusammenschlüssen wachsen auch größere Projekte. Über Netzwerke und Plattformen werden (neue) solidarische Formen des Wirtschaftens und Genossenschaften entwickelt und miteinander verbunden. Und was funktioniert, verbreitet sich schnell und wird auch andernorts praktiziert. So werden aus lokalen Gemeinschaften und Initiativen zunehmend landesübergreifende, manchmal sogar europaweite oder globale Netzwerke. Auch das Selbstbewusstsein der Belegschaften nimmt in vielen Unternehmen wieder zu. Die Angst, sich kollektiv für seine Interessen einzusetzen, wird schwächer. „Gemeinsam können wir etwas erreichen!“ – erste Erfolgsbeispiele treten an die Stelle bloßer Hoffnung. Andere setzen sich dafür ein, Missstände offenzulegen: Unternehmen mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen werden über Initiativen im Internet angeprangert; entsprechende *Rebuffs* und *Snubs* werden organisiert.

Gewerkschaften als  
PLATTFORM und treibende Kraft  
für den sozialen Wandel

Die Strukturen und die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmervertretungen haben in diesem Prozess eine wichtige Katalysatorfunktion, denn schon seit Jahren versuchen Gewerkschaften und Betriebsräte, den sinkenden Einfluss der Erwerbstätigen durch branchen- und grenzübergreifende Zusammenschlüsse und Bündnisse zu kompensieren. Dabei setzen sie zunehmend auch auf konfrontative Strategien, um dem Substanzverlust von tariflichen Vereinbarungen und traditionellen Formen der Mitbestimmung entgegenzuwirken. Sie konzentrieren sich nicht mehr auf die Stammebelegschaften, sondern versuchen, stärker auf außerbetriebliche Themen zu setzen und auch diejenigen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die bislang als „gewerkschaftsfreie“ Bereiche der Gesellschaft galten. Es geht nicht mehr darum, die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe oder Branche zu vertreten, es geht um die Frage, ob man sich und seiner Familie in dieser Gesellschaft überhaupt noch mit Erwerbsarbeit ein angemessenes Leben ermöglichen kann. Bei vielen Gewerkschaftsvertretern hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass man nur dann „im Spiel bleiben“ wird, wenn es gelingt, als gesamtgesellschaftliche Kraft aufzutreten. Deshalb versuchen sie mit Erfolg, andere Akteure und Anliegen der Zivilgesellschaft einzubeziehen und zu bündeln. Statt die offensichtlichen Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen einfach bloß hinzunehmen, lassen sich immer mehr Menschen mobilisieren. Sie sind bereit, für eine gerechtere Gesellschaft auf die Straße zu gehen – und wenn es sein muss, auch dafür zu kämpfen. Mittlerweile trifft *Das Bündnis*, ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und zahlreichen NGOs, den Nerv der Mehrheit, die sich aufgrund der permanenten Umbrüche in der Arbeitswelt, der anhaltenden Krise von Wirtschaft und Finanzmärkten sowie der überschuldeten öffentlichen Haushalte in einer tiefgreifenden Vertrauenskrise gegenüber unserem Gesellschaftsmodell befindet.

Im Jahr 2035 sehen die Gewerkschaften Tarifverhandlungen als eine Aufgabe unter vielen – sie positionieren sich als treibende Kraft für den sozialen Wandel. Es ist nicht die Zeit der Taktierer und Verhandler, sondern es geht zunehmend darum, offensiv für Veränderungen einzutreten und sie, wo möglich, auch zu leben. Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben üben Druck aus, um Missstände – auch außerhalb des Werksgeländes – anzugehen. Kreative Kollektive erkunden neue nachhaltige Formen des Wirtschaftens. Soziale Netzwerke gewinnen mit unterschiedlichen Formen von Protest und Initiativen zunehmend Einfluss auf der politischen Bühne. So wurde aus Gemeinschaften, die zunächst aus Wut über die bestehenden Verhältnisse und in der Folge zur Verbesserung des engeren Umfelds entstanden sind, eine vielfältige politische Bewegung – von Menschen, die für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Straße gehen und für eine gerechtere Gesellschaft eintreten.

Immer mehr Menschen stellen die Systemfrage. Sie wissen, welche Missstände sie überwinden wollen – aber wie weit das „neue Wir“ reicht und wie das „mehr Miteinander“ als Gesellschaftsform aussehen wird, ist erst in groben Konturen zu erkennen. Kann das Recht auf Arbeit, das ein wesentliches Motiv für die ursprüngliche Begründung der Mitbestimmung war, ein Baustein für die neue Ordnung werden?

## 2035

ALTERNATIVE Formen  
des Wirtschaftens

„NEUES WIR“ und  
„mehr Miteinander“